

Auf der Jagd nach den versteckten Geldsäcken

Mit Einführung der globalen Mindeststeuer für Unternehmen wird der Steuerwettbewerb wohl durch einen Subventionswettbewerb ersetzt. Wie das geht, zeigt bereits heute die Europäische Union. Aber kann ihr Modell ein Vorbild für die Schweiz sein? **Von Peter Hossli (Text), Elisa Forster und Mark Walter (Infografiken)**

Tosender Applaus hallte durch das Arsenal di Venezia. Unterhändler und Finanzministerinnen klopfen sich in der italienischen Lagunenstadt Venedig auf die Schultern. Da sie überzeugt waren, gemeinsam etwas Grosses erreicht zu haben. Über «eine Revolution» berichteten anderntags die Zeitungen. Verkündet hatten die Politiker am 10. Juli, dass sie das Geld der Welt anders eintreiben und Steuererosen für Konzerne trockenlegen wollen. Noch sind nicht alle Details geklärt, aber künftig müssen Unternehmen mit jährlich mehr als 750 Millionen Dollar Umsatz mindestens 15 Prozent ihres Gewinns abliefern. Gelten soll es ab 2023, nahezu weltweit. Betroffen sind gegen 8000 Unternehmen.

André Guedel



André Guedel ist Head International Business Development bei der Beratergesellschaft KPMG. Er ist Experte für Standortauswahl in Europa und hat zuvor die Standortpromotion der Schweiz in den USA geleitet.

Einer klatschte in der venezianischen Werft nicht: Ueli Maurer, der Finanzminister der Schweiz. Dem gelernten Kaufmann schwante Böses. Was 131 von 139 Mitgliedsstaaten der OECD mittragen, könnte die Grundfesten des Tiefsteuerlandes Schweiz erschüttern - und einen Paradigmenwechsel bringen: weg vom globalen Steuerwettbewerb hin zum globalen Wettbewerb um staatliche Zuschüsse.

Wobei Staaten mit ihren Subventionen häufig gezielt wirtschaftliche Tätigkeiten unterstützen, die nicht der Markt vorantreibt, sondern die Technokraten in Amtsstuben bestimmen. Etwa die Vorstellung einer grüneren und digitalen Wirtschaft. «Wir erleben die Renaissance der staatlichen Industriepolitik, die Wiederbelebung der alten Idee, dass Staaten am besten wissen sollen, wie man industrielle Tätigkeit fördert und weiterentwickelt», sagt André Guedel, bei der Beratungsgesellschaft KPMG zuständig für die Standortanalysen.

Der Fünfjahresplan, ein Schreckgespenst aus der Zeit des Kalten Kriegs, scheint wieder en vogue zu sein - nicht nur in China oder in den USA, wo das Silicon Valley einst dank staatlicher Hilfe entstanden ist. Insbesondere die Europäische Union setzt bereits auf gigantische Programme, über die sie die Wirtschaft innerhalb ihrer Grenzen steuert. Die beschlossene Mindeststeuer dürfte dies zusätzlich befeuern, glaubt Guedel. «Statt Konzerne mit attraktiven Steuersätzen anzulocken, werden Länder das künftig mit Subventionen tun.»

Die EU hat für die nächsten sechs Jahre ein Paket verabschiedet, das laut Guedel 1500 Milliarden Euro vorsieht, um die europäische Konjunktur anzukurbeln. Eine gigantische Summe angesichts der 150 Milliarden Euro, die dank des Mindeststeuersatzes zusätzlich in die Kassen von 131 Ländern fließen sollen.

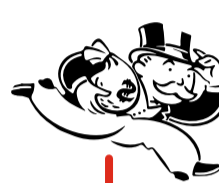
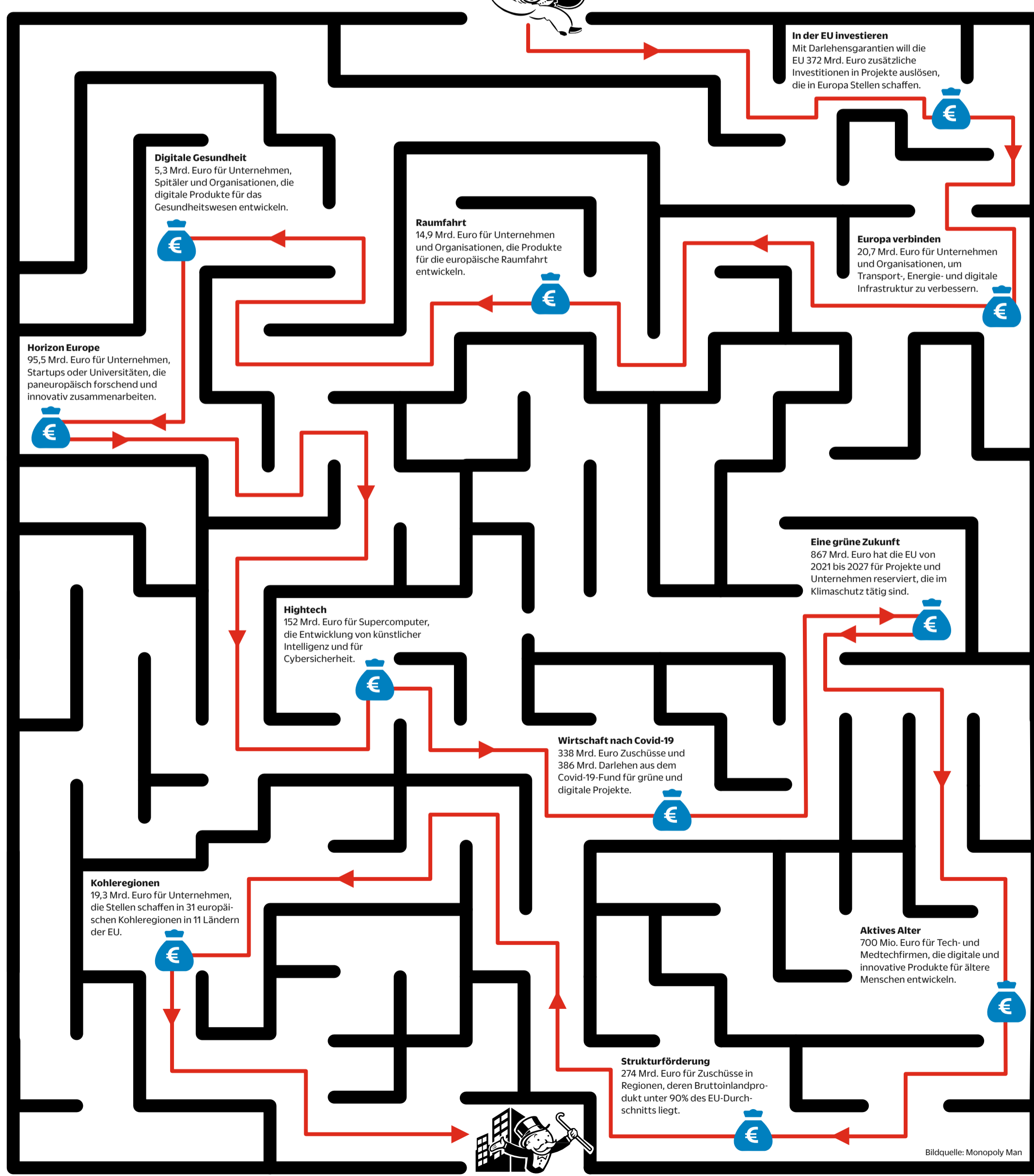
In jeder Ecke ein Sack voller Geld
Um sich eine Übersicht der zahlreichen Subventionen der EU zu verschaffen, hat Guedel wochenlang Papiere und Budgets aus Brüssel gewälzt. Er spürte ein Dickicht aus Zuschüssen und Darlehen auf. Darin finden sich bestenfalls viele Berater zurecht, die den Unternehmen zeigen, wie sie an die Gelder gelangen. «Die EU hat ein Labyrinth errichtet und darin viele Geldsäcke versteckt», erklärt Guedel bildhaft. «Unternehmen versuchen, die Säcke aufzuspüren und mitzunehmen.» Also Anträge für Subventionen zu stellen, um sie in die Bilanzen ihrer Unternehmen zu bringen.

Was keineswegs trivial sei, betont der Experte, der längst nicht alles gefunden hat. «Sogar innerhalb der EU herrscht nicht immer Klarheit.» Zumal es Säcke gebe, die gleichzeitig in mehreren Ecken des Labyrinths versteckt seien und aus verschiedenen Quellen gefüllt würden. «Niemand weiss, wo jeder Geldsack liegt, aber sicher ist: Je länger man sucht, desto mehr Subventionen findet man.»

Die EU-Beamten speisen die Stimulusprogramme mit 1211 Milliarden Euro aus dem regulären Budget sowie mit 807 Milliarden Euro, die sie im Zuge der Pandemie am Kapitalmarkt aufnehmen. Von den 2018 Milliarden fließen 500 Milliarden in nicht wirtschaftliche Tätigkeiten. Der Rest besteht je zur Hälfte aus Darlehen und direkten Zuschüssen, die bis 2027 ausbezahlt werden.

Das Labyrinth der EU-Subventionen

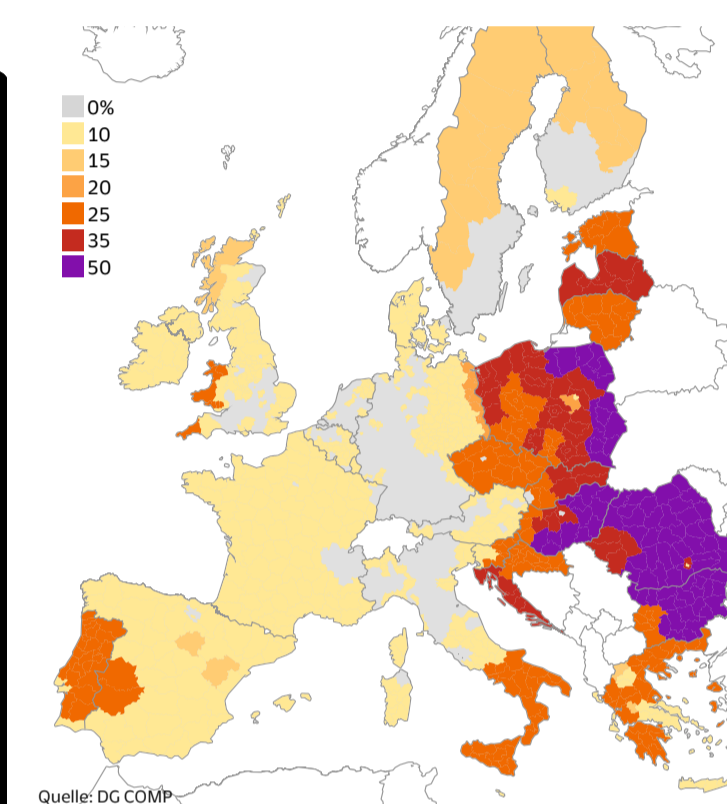
Mit rund 1500 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen kurbelt die Europäische Union von 2021 bis 2027 die Wirtschaft an. Die Gelder sind in komplexen Programmen versteckt. Unternehmer versuchen, sich im Labyrinth zurechtzufinden und die Subventionen aufzuspüren. Je länger sie suchen, desto mehr finden sie.



Bildquelle: Monopoly Man

Whin fließt wie viel EU-Geld

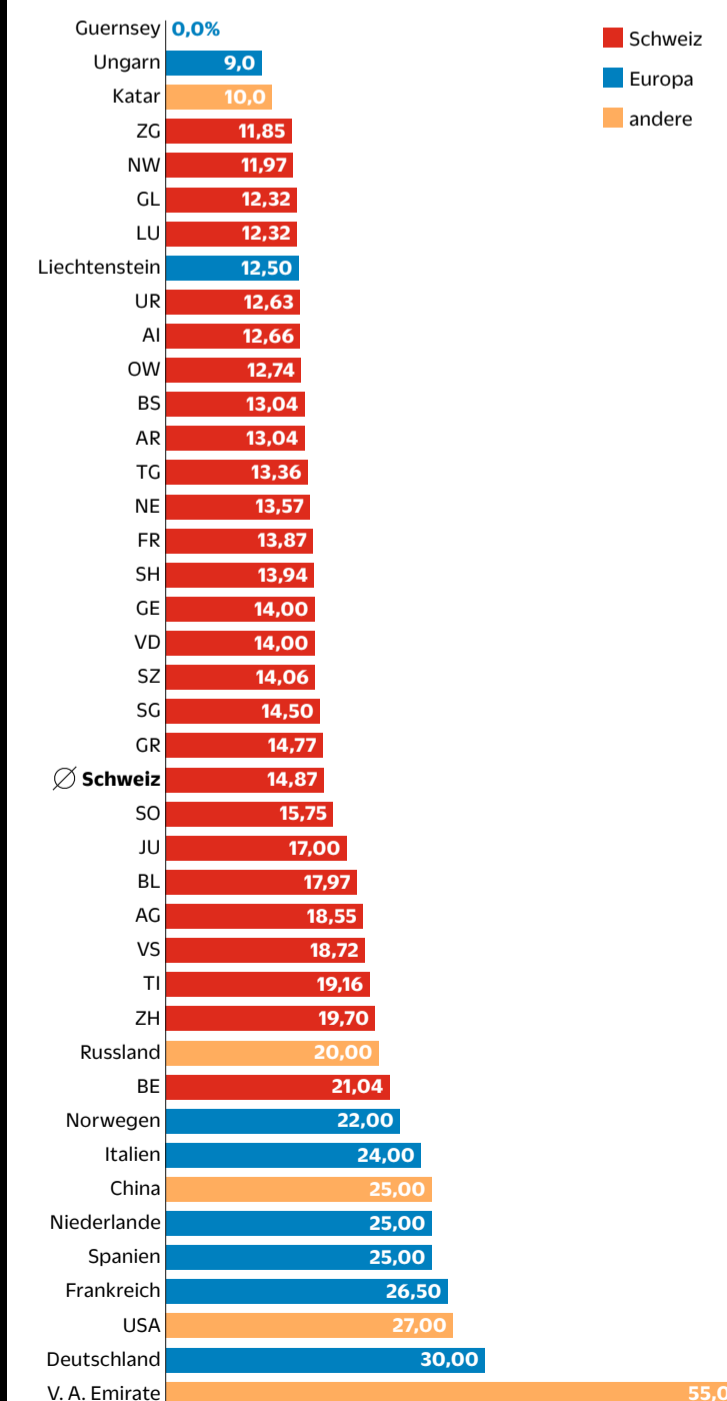
Maximaler Anteil an Zuschüssen bei Investitionsprojekten in einzelnen Regionen



Quelle: DG COMP

Die Schweiz gewinnt den Steuerwettbewerb

Gewinnsteuern für Unternehmen in Kantonen im Vergleich mit ausgewählten Ländern



Quelle: KPMG

«Es wäre kontraproduktiv, wenn in der Schweiz die industrielle Produktion subventioniert werden würde.»

Severin Schwan, Chef von Roche

der sich nicht in Steuer- und Handelskriege verwickeln», sagte Pascal Saint-Amans. Doch statt Kriege um Steuern zu führen, bieten die Staaten die Unternehmen fortan zu Wettrennen um Zuschüsse auf; die Firmen treten wohl an. Letztlich geht es ihnen darum, ihre Gewinne zu maximieren. Ob das tiefe Steuern oder hohe staatliche Zuschüsse ermöglichen, ist unter dem Strich zweitrangig; entweder sie liefern dem Fiskus weniger ab, oder sie erhalten daraus mehr. Bis anhin liessen sich Konzerne gerne dort nieder, wo Staaten ihnen wenig abnahmen. Mit der Einführung der Mindeststeuer ändert sich das: Unternehmen gehen dorthin, wo ihnen Staaten viel geben.

Was ist nachhaltiger? «Bei tiefen Steuern muss ein Unternehmen profitabel werden», sagt Guedel. «Bei Zuschüssen fällt dieser Anreiz weg.» Dann wird die Subvention zum süßen Gift. Wie beim Fiat-Werk in der Nähe der sizilianischen Stadt Palermo, das 41 Jahre lang Autos herstellte, aber meist defizitär war. Als die Staatshilfen 2011 versiegten, schloss die Fabrik, und 1400 Sizilianer verloren ihren Job.

Politische Debatte in der Schweiz

Seit den neunziger Jahren gab es wiederholte Bemühungen, den globalen Steuerwettbewerb abzuschaffen. Mit wenig Erfolg. Zuletzt schwankten die Steuersätze innerhalb der EU zwischen mickrigen 9 Prozent in Ungarn und happigen 31 Prozent in Frankreich. Von den 26 Schweizer Voll- und Halbkantonen haben 18 derzeit einen Steuersatz unter 15 Prozent (siehe Grafik). Nach neuen OECD-Richtlinien dürften 2000 bis 4000 in der Schweiz tätige Unternehmen höher besteuert werden.

Was passiert, wenn sie ab 2023 dem Fiskus mehr abliefern müssen? «Abwanderungen wird es wenige geben», glaubt Stefan Kuhn, Chef der Steuerabteilung von KPMG Schweiz. Würden einzelne Finanzdirektoren die tiefen Sätze beibehalten, wie gewisse bürgerliche Politiker seit dem OECD-Entscheid verlangen, «hätte das Nachteile, aber keinen Nutzen, den Kantonen entgingen Steuereinnahmen», sagt Kuhn. Denn die tiefer besteuerten Unternehmen müssten die Differenz zu den 15 Prozent in diesem Fall an jenes Land entrichten, in dem ihr Mutterhaus oder eine Tochtergesellschaft beheimatet sei.

Was mit dem zusätzlichen Geld geschieht, das die Kantone und der Bund einnehmen, «darüber dürfte es in der Schweiz eine heftige politische Debatte geben», so Kuhn. Fließen die Einnahmen in Form von staatlichen Zuschüssen zurück an die Unternehmen, wie es bürgerliche Parteien verlangen? Und wenn ja, würden Zuschüsse an strategische Ziele gebunden, wie das die EU tut? Linke Parteien würden eher die Sozialwerke sanieren wollen. Traditionell betreibt die Schweiz keine gezielte Wirtschaftspolitik. Subventionen fließen vornehmlich in die Landwirtschaft und die Kultur. Erst kürzlich hat das Volk mit dem CO₂-Gesetz eine Vorlage abgelehnt, die eine grünere Wirtschaft fördern sollte. Schweizer Manager lehnen staatliche Interventionen oft ab. «Es wäre kontraproduktiv, wenn in der Schweiz die industrielle Produktion subventioniert werden würde», sagte Roche-Chef Severin Schwan diese Woche im Gespräch mit der Universität Basel. Das sei «eine Verschwendung von Ressourcen, und es ist nicht das, was die Schweiz tut». Der Staat sollte sich stattdessen über die Hochschulen an der kostspieligen Grundlagenforschung beteiligen. Das bringe hochqualifizierte Personen in die Schweiz, wovon die Wirtschaft profitiere.

Gleichwohl glauben die KPMG-Berater, sie würden mit Unternehmen bald nicht mehr über kantonale Steuersysteme reden, sondern ihnen erklären, wie man sich staatliche Zuschüsse sichert. Wohl deshalb klatschte Bundesrat Maurer in Venedig nicht.